

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstraße Nr. 27, 4½ Sgr. Inzerate die Zeile 2 Sgr.

Die Kriegsgefahr.

Unsere Lage ist schlimm, sehr schlimm. Während wir diese Zeilen schreiben, hält es zwar so Mancher noch für möglich, daß der Frieden erhalten werden kann, aber ebenso möglich ist es, daß der Krieg gegen Oesterreich ausbricht, ehe noch von Seiten der Regierung im Entferntesten an die Wiederherstellung des inneren Friedens gedacht ist. Vielleicht ist er gar schon in dem Augenblicke ausgebrochen, wo unsere Leser dieses Blatt in die Hand nehmen.

Wie die Dinge jetzt stehen, kann das preussische Volk ihn nicht verhindern. Hat doch die Regierung schon vor länger als zwei Jahren durch den Mund des Grafen von Bismarck erklärt, daß sie einen Krieg, wenn sie ihn für nöthig halte, auch ohne die Zustimmung unserer Vertreter führen werde. Ja, sie hat durch denselben Mund uns zu wissen gethan, daß sie das nöthige Geld, wenn die Abgeordneten es nicht bewilligen wollten, überall da nehmen werde, wo sie es fände.

Aber gelangt den Fall, die Minister überdenken noch heute ihren Sinn, sie beriefen noch heute das Abgeordnetenhaus, um den Beginn des Krieges von seiner Genehmigung abhängig zu machen, so ist es doch sehr die Frage, ob sie den Krieg wirklich noch vermeiden können, auch wenn sie es wollen. Denn so stehen jetzt leider Gottes die Dinge, daß es ihnen vielleicht schon unmöglich ist, den Frieden zu erhalten, ohne den preussischen Staat in die schimpflichste Abhängigkeit von der österreichischen Regierung zu bringen.

Sehen wir zu, wie das zu Wege gebracht worden ist.

Jeder Kundige weiß, und unsere Minister wissen es ebenso gut, wie wir, daß das Haus Habsburg, das über Oesterreich regiert, schon seit Jahrhunderten der eifrigste und hartnäckigste Feind des preussischen Staates ist. Die österreichischen Kaiser sind Jahrhunderte lang die schlimmsten Beschädiger deutschen Rechtes und deutscher Freiheit gewesen. Sie haben immer darnach getrachtet, Preußen zu erniedrigen und zu verkleinern, indem sie es mit Deutschland und wo

möglich mit ganz Europa entzweiten. Sie sind immer bestrebt gewesen, Deutschland dadurch zu beherrschen, daß sie es uneinig und schwach erhielten. Dennoch haben unsere Minister bei dem Streite mit Dänemark die ehrlich dargebotene Hand des deutschen Volkes zurückgestoßen und dafür die Bundesgenossenschaft des treulosen Oesterreich erwählt. Und dann haben sie mit demselben Oesterreich über Schleswig-Holstein noch gar Verträge geschlossen, als ob sie diese Länder durch den dänischen Krieg nicht befreit, sondern erobert hätten. Da ist denn natürlich eingetroffen, was wir Alle ihnen vorhergesehen haben: Aus der falschen Freundschaft ist die offenste Feindschaft geworden. Selbst wenn wir jetzt das liberalste und volksthümlichste Ministerium bekämen, ein Ministerium, dem das Recht Schleswig-Holsteins, das Recht Preussens ganz ebenso am Herzen läge, wie das eigene Recht des preussischen Staates; selbst dann wäre es wohl möglich, daß wir Oesterreich gegenüber das Recht nur mit dem Schwert in der Hand behaupten könnten. Gewiß ist es schlimm, daß es dahin hat kommen müssen. Aber geschehene Dinge sind nicht zu ändern. Wir können nichts weiter thun, als die schlimmsten Folgen, die sie noch weiter haben könnten, zum Guten zu wenden, so viel wir vermögen. Und ein Volk vermag viel, wenn es nur will.

Unserem Willen aber werden wir nur dann die nöthige Stärke geben, wenn wir die ganze Größe der Gefahr uns vor Augen stellen.

Wir sagten vorher, daß der Frieden, den die jetzigen Minister noch schließen können, unseren Staat möglicher Weise von Oesterreich abhängig machen würde. Aber wir müssen auch sagen, daß der Krieg, der unter ihrer Leitung geführt würde, Preußen und ganz Deutschland sehr leicht unter die Herrschaft von Frankreich bringen kann. Preußen hat unter dem gegenwärtigen Ministerium für den Fall eines Krieges keinen einzigen sicheren Bundesgenossen als Italien ganz allein, denn Italien fordert mit vollem Rechte das italienische Venedig von Oesterreich zurück. Oesterreich dagegen hat zu Bundesgenossen alle preußenfeindlichen Regie-

rungeu der mittleren und kleineren Staaten in Deutschland. Es ist ihrer so lange sicher, als die Bevölkerung dieser Staaten sie nicht zwingt, sich auf Preußens Seite zu stellen. Aber diese Bevölkerung wird sie nicht eher dazu zwingen, als bis wir in Preußen eine andere Regierung haben als die jetzige, das will sagen: eine preussische Regierung, welche von allen Deutschen nicht als der Feind, sondern als der Freund und der starke Beschützer ihres Rechtes und ihrer Freiheit betrachtet wird.

So sind denn die Kräfte, die sich bekämpfen sollen, ziemlich gleich gewogen, und es wird ein langer und harter Kampf werden, ehe der Sieg sich für die eine oder die andere Seite entscheidet. Gleichwohl hätten wir immer noch guten Grund, zu erwarten, daß Preußen doch am Ende den Sieg davon tragen wird. Aber wehe uns, wenn während dieses Krieges Frankreich sein Schwert in die Waagschale wirft! Tritt es auf die Seite Oesterreichs, dann ist nach menschlichem Ermessen unsere Niederlage gewiß. Tritt es dagegen, wie unsere Diplomaten erwarten, auf Preußens Seite, dann wird wohl Oesterreich unterliegen, und Preußen wird nicht bloß durch Schleswig-Holstein, sondern wohl noch um ein anderes gutes Stück des nördlichen Deutschlands vergrößert werden. Aber dieser Gewinn wäre ein schmerzliches Unglück als selbst der Verlust Schlesiens an Oesterreich und der Wittenbergischen Lande an Sachsen. Denn wir würden denselben dadurch erkaufen müssen, daß wir zum Lohn für die geleistete Hilfe unsere Rheinprovinz, sei es ganz oder zum Theil, und ebenso Westfalen und Rheinhesseu an Frankreich abtreten. Ja, wir würden uns vielleicht auch für die Zukunft in allen Dingen dem Willen Frankreichs fügen müssen, weil es ja dann jeden Augenblick in der Lage wäre, im Bunde mit Oesterreich und den süddeutschen Fürsten den ganzen preussischen Staat zu zertrümmern. — Und nicht das allein. Zu der Schwächung unserer Macht müßten wir noch Knechtschaft und Armuth in eigenen Lande mit in den Kauf nehmen. Denn es wäre wenig Hoffnung vorhanden auf eine liberale Regierung, welche die Hebung des Wohlstandes fördern könnte.

Aber vielleicht bleibt Napoleon in dem Kampfe zwischen Preußen und Oesterreich wirklich neutral. Wird derselbe darum einen besseren Ausgang für uns nehmen? Wir antworten: Nein! Denn der Kampf gegen Oesterreich mit fast gleichen Kräften wird uns, auch wenn wir Sieger bleiben, doch so erschöpfen, daß Napoleon erst recht mit uns machen kann, was er will. Er wird es dann sein, der uns den Frieden vorschreibt. Und dieser Frieden, dem wir uns dann fügen müßten, würde wahrhaftig nicht günstiger und nicht ehrenvoller sein, als wenn er unser hülfreicher Bundesgenosse gewesen wäre.

So sind wir denn in der Lage, daß der Sieg über Oesterreich uns wahrscheinlich ebenso unglücklich machen würde wie eine Niederlage, und daß demnach die Erhaltung des Friedens schwerlich als ein Glück zu betrachten ist.

Das ist wahrlich eine grausame Lage, aus der wir um jeden Preis uns befreien müssen. Wir können es, wenn wir es wollen. Wir müssen nur in vollständiger Einigkeit, und zwar nicht bloß bei den bevorstehenden Wahlen, unablässig und mit unserer ganzen Kraft alle diejenigen Mittel anwenden, die die Gesetzgebung und die Verfassung uns in die Hand gegeben haben. Wir müssen sie anwenden zu dem Einen Zwecke, um, sei es vor dem Beginne des Krieges, sei es während desselben, die Einsetzung eines Ministeriums zu erzwingen, welches in voller Uebereinstimmung mit unserem Abgeordnetenhaufe sich befindet, und welches eben dadurch auch das Vertrauen der Deutschen außerhalb Preußens für sich und unseren Staat gewinnt. Dann wird vielleicht Oesterreich selbst vom Kriege zurückbleiben; wenn es aber, was freilich wahrscheinlicher ist, auf seinem Sinne beharrt, so werden die Deutschen in den mittleren und kleinen Staaten es nicht dulden, daß ihre Regierungen auf die Seite Oesterreichs treten. Sie werden sie vielmehr nöthigen, sich an Preußen anzuschließen, das ja dann wieder der Freund und der starke Beschützer deutschen Rechtes und deutscher Freiheit geworden wäre.

Denke ein Jeder von uns daran, daß es auch seine Schuld ist, wenn wir das nicht durchsehen, und wenn dann das Unglück des ganzen Landes auch auf sein Haupt kommt.

Politische Wochenchau.

Preußen. Seit unserer letzten Wochenschau haben sich die Ansichten auf den Ausbruch eines Krieges sehr schnell gesteigert. Fast die ganze preussische Armee ist mobil gemacht, und es finden sowohl an der österreichischen als an der sächsischen Grenze Truppenkonzentrationen statt, welche besonders in Sachsen die größten Besorgnisse vor einem Einmarsch preussischer Truppen wahrgenommen haben. Schon in der vorigen Woche theilten wir mit, daß die preussische Regierung von Sachsen das Rückgängigmachen der getroffenen Rüstungen verlangt habe. Sachsen hat darauf geantwortet, daß dieselben rein defensiver Natur seien, und sich um Schutz gegen die gefürchtete Bergewaltigung an den Bund gewandt. Es wurde in Folge dessen eine außerordentliche Sitzung des Bundesrates anberaumt, in welcher Sachsen einen Beschluß des Bundes forderte, durch welchen Preußen auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte (in welchem die Bundesglieder sich verpflichten, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, sondern ihre Streitigkeiten bei der Bundesversammlung anzubringen) eine beruhigende Erklärung erludt wird, damit die Bundesversammlung nicht in die Lage komme, den Artikel 19 der Wiener Schlussakte (wenn Häuflichkeiten zwischen Bundesgliedern zu erfolgen sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthilfe vorgezogen wird) in Anwendung zu bringen. Sachsen legte die preussische Communitationsbescheide vom 27. v. M. sowie seine darauf ergangene Antwort vor und fügte hinzu: Graf Bismarck habe erklärt, daß Preußen, da die von Sachsen gegebene Aufklärung als befriedigend nicht zu betrachten sei, Nichts übrig bleiben werde, als die angebotenen Maßregeln auszuführen und die Korrespondenz über die Anlegenheit als geschlossen anzusehen. Sachsen, welches seine Bundespflicht stets treu erfüllt habe, wende sich nun vertrauensvoll an den Bund mit dem Antrage:

Die Hohe Bundesversammlung wolle ungekümmt beschließen, die königlich preussische Regierung darum anzugehen, daß durch geeignete Erklärung dem Bunde mit Rücksicht auf Art. 11 der Bundesakte volle Beuhigung gewährt werde.

Die Abstimmung über diesen Antrag soll am nächsten Mittwoch stattfinden. Der Gesandte Preussens erklärte zunächst, eine weitere Aeußerung Preussens, als die Depesche vom 27. April, liege nicht vor. Aus letzterer gehe in keiner Weise hervor, daß die preussischen Militär-Maßregeln ihren defensiven Charakter verlieren werden, welches dem Verhalten Preussens in der gegenwärtigen Krise zur Richtschnur gedient habe. Es sei mithin kein Anlaß zur Anwendung von Art. 19 der Wiener Schlußakte vorhanden. Der preussische Gesandte fügte noch Einiges über die österreichische Behandlung der Erklärung gegenüber Bezug auf die österreichische Behandlung auf die von ihm in der Sitzung vom 21. v. Mts. abgegebene feierliche Erklärung; er hob ferner hervor, daß die österreichischen Rüstungen gegen Italien nur den Schutz der Integrität der österreichischen Monarchie zum Zweck hätten. Wie die Abstimmung über diesen Antrag ausfallen wird, wissen wir kein Schluß unseres Blattes noch nicht. Ob sich das Gerücht bestätigen wird, daß Preußen bei einer ihm unangünstigen Entscheidung des Bundestages aus dem Bund austreten wird, wird abzuwarten sein.

Dah unter den kriegerischen Ansichten die Frage wegen Einberufung eines deutschen Parlamentes etwas in den Hintergrund getreten ist, darf nicht Wunder nehmen. Wie man hört, wird der mit der Vorberatung des preussischen Antrages beichäftigte Ausschuss des Bundestages beantragen, daß der Bundestag sich im Prinzip für die Einberufung des deutschen Parlamentes ausspreche, jedoch von Preußen verlange, daß es vorerst seine Vorschläge in Betreff der beabsichtigten Reform vorlege. Da Preußen sich entschieden weigert, dies zu thun, so dürfte die Frage auf die lange Bank geschoben werden.

Es ist ganz natürlich, daß man sich gegenüber der Erwartung auf einen großen und bedeutungsvollen Krieg die Fragen vorlegt: hat unsere Regierung sich nach den nöthigen Verbündeten umgesehen, und hat sie die Geldmittel zur Führung eines Krieges?

Was die erste Frage anbetrifft, so haben wir sie schon wiederholt in unserem Blatte dahin beantwortet, daß der Regierung leider der sicherste und beste Bundesgenosse Preussens, das deutsche Volk, fehlt. Ueber die sonstigen möglichen Bundesgenossen lauten die Nachrichten so verschieden, daß es schwer ist, das Richtige herauszufinden. Wahrscheinlich ist, daß eine Verabredung mit Italien und wahrscheinlich auch mit Frankreich existirt. Was nun aber die zweite Frage anbelangt, so wissen wir nicht, wie sich die Regierung die nöthigen Geldmittel verschaffen will. Die Kosten, welche durch die Mobilisirung der Armee verursacht worden, belaufen sich, wenn die Armee nur 6 Monate auf diesem Kriegsfuße bleibt, auf 80 — 100 Millionen Thaler, und selbst diejenigen, welche von den bereiten Geldmitteln der Regierung sich die künftigen Vorstellungen machen, wegen sich nicht an solche Summen. Es liegt also nahe, daß man glaubt, die Regierung werde die Kammer zur Bewilligung einer Anleihe zusammenberufen, und es wird d'hhalb auch dieses Gerücht vielfach verbreitet, doch tritt man in den Kreisen, welche die Ansichten der Regierung theilen, demselben sehr bestimmt entgegen.

In ganz Deutschland rüsten sämtliche Staaten, ob dies zu dem Zweck geschieht, die preussische Regierung in ihrem Vorhaben zu unterstützen, möchten wir ernstlich bezweifeln.

Noch immer finden Kundgebungen des Volkes gegen den Krieg statt. Eine Kundgebung im entgegengekehrten Sinne, welche von der sogenannten konserativen Seite hier in Berlin versucht worden ist, hat ein sehr lächerliches Ende genommen, ebenso der Versuch, einen Verein von Freunden der Militär-Reorganisation zu gründen. Es haben sich bei demselben im Ganzen acht Personen betheiligt.

Als ein wichtiger Grund für die Militär-Reorganisation ist von der Staatsregierung häufig angeführt worden, daß die Militärflicht der Landwehr verringert werde, weil die Dienstpflicht 2 Jahre früher aufhöre, und weil nicht mehr nöthig sei, Landwehrmänner der entstehendem Kriege aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herauszuweisen. Auch der im Amtsblatt der vordem Regierung vom 27. April d. Z. hinsichtlich politische Militärartikel betont es, daß die Landwehr nicht einberufen sei, und führt zur Verherrlichung der Militär-Reorganisation aus, daß man dieses Mal in Preußen trotz der kriegerischen Ausfichten nicht zur Mobilmachung, noch zur Kriegsbereitschaft mit Einberufung aller Mannen habe streiten müssen. Diese Ausführungen werden jetzt durch die Thatsache der Mobilmachung der Armee widerlegt, aber daß sie auch schon vor der Mobilmachung irrtümlich waren, das zeigt eine Correspondenz aus Strauberg, welche die „Volksztg.“ bringt, und welche wir, bei der Wichtigkeit der Reorganisationfrage für unsere Verfassungskreise, hier folgen lassen. Sie lautet: Der Hiezozt 1. Kl. Dr. Kunze hieselbst ist im Jahre 1859 zur Landwehr 2. Aufgebots übergetreten, würde daher nach dem Geleht vom 3. September 1814 im Laufe des nächsten Jahres zum Landsturm zu rechnen sein, für den Fall, daß aber die Reorganisation jetzt schon für maßgebend erachtet wird, gegenwärtig überhaupt nicht mehr dienstpflichtig sein. — Dr. Kunze ist dienstunfähig seit dem 4. April d. Z. eingezogen, hat Frau und Kind und einen greifen Vater, sowie eine geunirnde Praxis verlassen müssen, um in Berlin Selbst zu sein. Wie stimmt die Einberufung dieses Landwehrmannes 2. Aufgebots mit den Behauptungen des Amtsblattes überein? — Wenn es bei der Zusammenziehung der Artillerie an Hiezozten fehlt, so sollte, meinen wir, die Militärverwaltung Freiwillige aufrufen und sie angemessen für die zu leistenden Dienste entschädigen. Werden Landwehrleute 2. Aufgebots während des Friedens einberufen, so machen sich unseres Erachtens nach diejenigen Militärbefehlshaber, welche deralichen anordnen oder geschehen lassen, grobpflichtig. Freilich würde der Rechtsweg möglicher Weise durch den Kompetenz-Gerichtshof abgeznitten. — Uebrigens ist Herr Kunze vielleicht der einzige Landwehrmann 2. Aufgebots, welcher einberufen ist, aber keineswegs der einzige Landwehrmann 1. rhaunt; denn aus einigen Dörfern hiesiger Gegend sind Landwehrleute der Artillerie mehrfach einberufen, wir könnten sie namentlich aufzählen.*

Am Montag, 7. d. M. wurde ein Wortverjuh auf den Grafen Bismarck gemacht. Der Häter schoß die fünf Läufe eines Resolvers auf den Grafen ab, verwundete denselben jedoch nicht. Ueber die Beweggründe zu diesem Verbrechen herrscht vollständiges Dunkel, welches wohl nie aufgehebt werden wird, da der Verbrecher sich das Leben genommen hat.

Sachsen. In Sachsen findet die Politik des Herrn von Beust ganz entchiedene Mißbilligung. Wenn man auch weit entfernt ist, dem System des Grafen Bismarck Beifall zu zollen, so erknt man doch, daß Preußen der Staat ist, von dessen Föhrrerschaft das Wohl Deutschlands abhängt, und

daß die Hinneigung der Regierung zu Oesterreich nur nachtheilige Folgen für das Land haben kann. Jetzt, wo die Gefahr für das Land, in Folge der Politik des Herrn von Beust, durch preussische Truppen befehrt zu werden, sehr nahe gerückt ist, haben der Stadtrath und der Gemeinderath der Stadt Leipzig eine dringende Vorstellung an die Regierung gerichtet, in welcher sie von dem Beharren bei der gegenwärtigen Politik abrafen. Es heist darin: Unser gütigeres Zuarbeiten hat seine durch die Pflicht uns vorgezeichnete Grenze. Und an diesem glauben wir in dieser Stunde angelegt zu sein. Die neueste diplomatische Korrespondenz läßt keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß die Stellung, welche unserer Regierung dem Königreiche Preußen gegenüber beigemessen wird, die willkommene Handhabe bieten soll, um den Bürgerkrieg über unser deutsches Vaterland zu verhängen. —

Wer die Lösung der Frage der Reform der deutschen Bundesverfassung ehelich will, kann den Krieg nicht wollen. Will nun Sachsen die Reform im nationalen Sinne wahr und wahrhaftig, so darf es dem Kriege keinen Vorwand darbieten. Hierauf stellt der Rath den förmlichen Antrag: „das Gesamtministerium wolle jegliche Maßregel, die als Kriegserklärung gedeutet werden könnte, so weit sie bereits getroffen worden, wieder rückgängig machen oder die Nichtigkeit der Gerüchte darüber entschieden und offenkundig darlegen.“

Oesterreich. Die Kräfte des Kaiserstaates nehmen immer größere Dimensionen an, sie sollen, wie sich ein österreichisches Blatt ausdrückt, so groß werden, daß sie die ganze Welt in Erstaunen setzen werden. Um das Geld zu diesen gewaltigen Anforderungen zu erhalten, greift man in Wien zu den verwerflichsten Mitteln: Man verpfändet die Domänen, ja sogar das Salzbergwerk Wilska hat man für 10 Millionen Gulden verpfändet, und jetzt giebt man Staatsbanknoten aus, welche schon jetzt nur mit $\frac{2}{3}$ ihres Nominalwerthes angenommen werden.

Italien. Die Begeisterung für einen Krieg gegen Oesterreich zur Befreiung Venetiens ist allgemein. Die Militärvorkämpfer eilen ohne Zögern zu den Fahnen und wolkhalten melden sich noch Schaaßen von Freiwilligen, welche wünschen, an dem Kampfe Theil zu nehmen. Garibaldi wird einen Theil der Truppen anführen.

Woran erkennen wir unsere Freunde?

In dem Wirral von politischen Projekten, die uns umschwärmen, und dem rüchstlichsten Wechsel der Meinungen, den wir bei diesen unseren alten Gegnern eintreten sehen, kann Einem öfter ganz angst werden. Was soll man davon denken, wenn man einen Kreuzzeitungsman vom reinsten Wasser für Parlament und Deutsche Einheit sich begeistern hört, oder wenn man gar erlebt, daß der gnädige Herr auf dem Gute jetzt für das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht schwärmt. Habe ich es doch mit eigenen Ohren gehört, wie ein Offizier mitten unter seinen Kameraden in einem öffentlichen Lokale gesagt hat, es sei schredlich, wie Preußen immer mit Militärlasten überbürdet sei, nur um der vielen Deutschen Fürsten willen, und das müsse anders werden, u. s. w. Wenn man das Alles jetzt mit anhört, so ist es Einem oft, als wenn man sich selbst höre. Das haben wir Fortschrittsmänner ja immer gesagt, daß wir schon um deswillen ein Deutsches Reich machen müssen, damit wir Preußen nicht immer die Militärlast für Deutschland tragen müssen und auch, daß wir das

Deutsche Reich nur mit einem deutschen Parlament bekommen können.

Wenn wir das aber früher sagten, so schimpften gerade die auf uns ganz schredlich, welche jetzt am lautesten vom deutschen Parlament und deutscher Einheit sprechen. Sie nannten uns dann demokratische Wähler und unverbesserliche Revolutionairs und wenn sie ein Mal recht glimlich mit Einem von uns umgehen wollten, dann hieß es: „Ihr seid Schwärmer.“ Das sind ja Alles nur schöne Träume mit Eurer deutschen Einheit und Eurem Parlament. Daraus kann nichts werden, das ist gänzlich unpraktisch, stört nur Ruhe und Frieden und nach aller Unruhe würde das Ende vom Liede doch nur sein, daß Ihr nachher noch mehr zahlen müßt, als vorher.“

Heute ist das nun Alles nicht bloß recht praktisch und ausführbar, sondern wir bekommen von den Herren noch Vorwürfe, daß wir Preußen und so lange eine solche unbillige Behandlung in Deutschland haben gefallen lassen! Haben sich die Herren nun alle über Nacht bekehrt, sind sie Alle jetzt zur Fortschrittspartei oder gar zur guten, alten demokratischen Partei von 1848 übergegangen? Wir wissen es nicht und mögen uns auch nicht an, den Menschen in das Herz zu sehen. Wir können also nicht sagen ob ihnen das auch im Herzen lebt, was heute ihre Lippen bekennen.

Verwirrend aber ist die Sache, wenn man nicht einen Prüffstein findet, an dem man erfahren kann, wie einer sich zum Volke verhält, ob man es mit einem alten Freunde zu thun hat, oder mit einem der neugefundenen Freunde, die eben ganz warm aus dem Ofen der Kreuzzeitungspartei gekommen sind. Einen solchen Prüffstein giebt es aber glücklicher Weise und das ist kein anderer als die Geldfrage.

Wenn diese Leute vom Parlament und deutscher Einheit, von Krieg gegen das ultramontane Oesterreich und der Waabr. erweiterung Preußens sprechen, wenn sie unsere Stimmen für sich verlangen, und uns alle diese schönen Dinge, für die wir ja auch immer gewesen sind, verschaffen, so dürfen wir sie nur nach dem Geldpunkte fragen, und wie sie wollen, daß es mit der Bewilligung von Geldern und dem Rechte sie zu verausgaben gehalten werden soll, um zu wissen, wie wir mit ihnen daraus find.

Wer dafür ist, daß die Vertreter des Volkes alle Steuern und alle Ausgaben zu übernehmen haben, daß keine Steuer vom Volke erhoben werden soll, welche die Abgeordneten nicht bewilligt haben, daß keine Ausgabe von einem Minister gemacht werden darf, so lange dieselbe nicht von den Abgeordneten für recht erkannt und bewilligt ist, daß vor Allem ein Staatshaushaltsgesetz fähig zu Stande kommen muß, und wenn wir 10 Ministerwechsel oder 10 Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus oder 500 neue Herrenhausmitglieder bekommen sollen, der ist unser Freund.

Alles Andre muß diesem „Muß“ des jährlichen Zustandkommens des Staatshaushalts-Gesetzes untergeordnet werden, damit das Volk sicher ist, daß die Regierung niemals auf die Dauer von den Wünschen und dem Willen des steuerzahlenden Volkes, d. h. des Ernährers des Staats sich abwenden kann.

Wenn wir das erst sicher und fest haben, dann werden wir auch mit der Zeit alles Andre bekommen, nicht bloß Parlament und deutsche Einheit, sondern auch das, was uns noch näher liegt, eine gute Gemeinde- und Kreisordnung, eine gute Schule und besonders die Ermäßigung unserer Steuern und Militärlasten.